

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien

Beilagen: Der rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genosse, Der Arbeiter, Wirtschaftliche Rundschau, Kultur und Wissen

2. Jahrgang Montag, den 9. August 1926 Nummer 172

Erwerbslosen-Konferenz für Sachsen

Der Landeskongress der sächsischen Erwerbslosen

Dresden, 8. August. Wie uns mitgeteilt wird, beruft der provisorische Landesauschuss der Erwerbslosen Sachsens für Donnerstag, den 12. August nach Dresden eine Landeserwerbslosen-Konferenz ein, die sich mit folgender Tagesordnung beschäftigt: 1. Die politische Lage und die Lage der Erwerbslosen in Sachsen. 2. Die Aufgaben der Erwerbslosen Sachsens. In diesem Landeserwerbslosen-Kongress schreiben uns Genosse Reichstagsabgeordneter Siegfried Kappel.

Der provisorische Erwerbslosenausschuss für Sachsen beruft für den 12. August 1926 einen Kongress der Erwerbslosensachsens ein. Damit ist ein wichtiger Schritt getan zur Erneuerung des Kampfes der Arbeiterklasse gegen den immer härter werdenden Angriff der Bourgeoisie, die trotz aller und allerhand herbeigeholten Arbeiter ihre Profit- und Ausbeuterstellung in der Wirtschaft zu erhalten sucht. Das es nicht Aufgabe der Erwerbslosen allein sein kann, den Kampfes gegen die Erpressung von Millionen deutscher Arbeiter leistende Erwerbslosenausschuss der Kapitalisten zu führen, dessen sind wir Erwerbslosen voll bewusst. In ihren Anstrengungen werden wir deshalb die Erwerbslosen an die Gewerkschaftsbewegung und Betriebsräte, mit der Aufforderung, an dem Kampf teilzunehmen. Die Erwerbslosen wollen keine Zerstückelung, sondern eine einheitliche Kampffront. So ist also klar, die einen wirklichen Kampf gegen die räuberische Politik der Kapitalisten führen wollen, Gelegenheit gegeben, den einheitlichen Kampf organisieren zu helfen.

und deshalb vertritt, die Arbeiter nach bewährter Methode in die Lage zu bringen. Die Brutalität der Berliner Polizei zeigen deutlich, daß die Bourgeoisie und ihre Henleinische Semiteilnahme nicht kornat. Alles, was die Heiligkeit des Lebens verletzen könnte, wird erbarmungslos niedergeschlagen. Im Hinblick auf die jetzigen Zusammenhänge der regulären Staatsmacht mit den Erwerbslosen lautet die weise Forderung der irregulären Bürgerkriegstruppen der Bourgeoisie jederzeit bereit, für mit der ganzen niedlichen Bestialität, die das Proletariat zu Genüge kennt, auf die ihr Recht fordernden Arbeitermassen zu schlagen.

Die Erwerbslosen sind keine Klasse für sich und wenn sie in der höchsten Not die Initiative ergreifen und den Kampf zu organisieren beginnen, so bedeutet ihr Vorgehen die Sammlung von Massenkampf des gesamten Proletariats.

In dieser Situation wird der Kongress der Erwerbslosen Sachsens zu einer wichtigen Etappe auf dem Wege zu dem Kongress der Werktätigen Deutschlands, der aus der Mobilisierung der Massen hervorzugehen muß und dessen Aufgabe es ist, alle Ausgebühten auf ein einheitliches Kampfprogramm zu führen. Mobilisierungsbewegung ist es, die der sächsische Erwerbslosenausschuss zu leisten hat, Mobilisierung für die kommenden Auseinandersetzungen, die in den fürchterlichen sozialen Verhältnissen wurzeln. Auch der Kampf gegen die kommunistische Gewerkschaftsbureaukratie müssen die Erwerbslosen in ihren Vertretern zu dem Kongress der Erwerbslosen einbringen. Ebenso müssen die Parteibehörde, die wichtige Vertreter der Arbeiter sein wollen, an diesem Kongress teilnehmen.

Das unzähligen Versammlungen und Konferenzen der Erwerbslosen ist an die Führer der Gewerkschaften der Arbeiter zu gehen. Die Erwerbslosen sind einzuwickeln und die Führung der Erwerbslosensbewegung zu übernehmen. Statt dem Ruf nach zu leisten, haben sich die Führer der Gewerkschaften in der Regel mit den Vertretern der kapitalistischen Regierung abgefunden und die Regierung unterstützt den Schwindel mit dem Arbeitsbeschaffungsprogramm an den Mann zu bringen.

Die Kapitalisten wollen die Erwerbslosen gegen die Arbeiter in den Betrieben zu dem Ziel des Abbaues der Löhne ausnützen. (Die Gewerkschaften fordern 25 Prozentigen Lohnabbau und Befreiung des Urlaubes.) Die Arbeiter im Betrieb müssen mit den Erwerbslosen um eine menschenwürdige Existenz kämpfen.

Die Befehle für das Proletariat wachsen. Jeder Blick in die herrschenden Zeitungen muß auch den größten Optimisten über die gefährliche Lage orientieren. Jede Zelle, die zur Weltanschauung genötigt ist, signalisiert der Arbeiterklasse neue Gefahren in Bezug auf die Arbeitsbedingungen. Aus jeder Zelle, die die bürgerlichen Politiker über die innere politische Lage hören, hören sie die ernste Wille, alle Macht und Gewaltmittel des Staates zur Anwendung zu bringen, falls die Kapitalisten bei der Vorbereitung der verächtlichen Kassen auf deren Widerstand nicht bestehen. Die von der Arbeiterklasse bewußt herbeigeführten Zusammenhänge mit den Erwerbslosen, sowie die Vorbereitung der Erwerbslosen im ganzen Reich durch Verwirklichung der Arbeiterbewegung, zeigt, daß die Bourgeoisie die ungeheuren und gefährlichen, jetzt durch die Bourgeoisie die in der Zukunft drohenden Gefahren kennt.

Die Erwerbslosen werden als Kaufmannsarbeiter gezwungen, unter den Tariflöhnen zu arbeiten. Es gilt, die Gewerkschaften in den Kampf gegen diese schamlose Ausbeutung hineinzuführen und die den Kampf habende Gewerkschaftsbureaukratie aus den Gewerkschaften hinauszuschleifen.

Die Erwerbslosen sind bisher nur Spott und Hohn die Lohnkämpfer. Schriab hoch die sozialdemokratische Presse die Erwerbslosen. Doch für die Erwerbslosen nichts getan werden kann, wenn sie sich nicht genötigt fühlen. Nun, die Erwerbslosen werden den Herrschaften gezeigt, daß sie sich rühren und der Kongress in Sachsen wird der gesamten Arbeiterklasse die Aufgaben zeigen, die vor dem deutschen Proletariat stehen. Die Bewältigung dieser Aufgaben wird jedoch nur möglich sein, wenn die gesamte Macht des Proletariats eingesetzt wird und alle kommenden, beiderseitig jede Aktion verhängenden Elemente aus der Arbeiterbewegung ausgespart werden. Die Erhebung der Arbeiterbewegung von den Vorposten der Bourgeoisie ist die erste Voraussetzung für die Lösung einer einheitlichen Kampffront.

Die Erwerbslosen werden als Kaufmannsarbeiter gezwungen, unter den Tariflöhnen zu arbeiten. Es gilt, die Gewerkschaften in den Kampf gegen diese schamlose Ausbeutung hineinzuführen und die den Kampf habende Gewerkschaftsbureaukratie aus den Gewerkschaften hinauszuschleifen.

Die Erwerbslosen sind bisher nur Spott und Hohn die Lohnkämpfer. Schriab hoch die sozialdemokratische Presse die Erwerbslosen. Doch für die Erwerbslosen nichts getan werden kann, wenn sie sich nicht genötigt fühlen. Nun, die Erwerbslosen werden den Herrschaften gezeigt, daß sie sich rühren und der Kongress in Sachsen wird der gesamten Arbeiterklasse die Aufgaben zeigen, die vor dem deutschen Proletariat stehen. Die Bewältigung dieser Aufgaben wird jedoch nur möglich sein, wenn die gesamte Macht des Proletariats eingesetzt wird und alle kommenden, beiderseitig jede Aktion verhängenden Elemente aus der Arbeiterbewegung ausgespart werden. Die Erhebung der Arbeiterbewegung von den Vorposten der Bourgeoisie ist die erste Voraussetzung für die Lösung einer einheitlichen Kampffront.

So reißt sich Aufgabe an Aufgabe, die durch die Führung eines jeden unermüdbaren Kampfes in breiter Front erreicht werden können. Das gelegentliche Neuaufsetzen der Reformisten hilft nichts. Der Kampf der Einheitlichkeit des Proletariats gegen den Kapitalismus einmal begonnen, wird dem kämpfenden Proletariat zeigen, daß es keine Zukunft nur herrschen kann, wenn es sich zu den der Produktion, der Herrschaft der Bourgeoisie hin, durch die Eroberung der politischen Macht.

Die Erwerbslosen sind bisher nur Spott und Hohn die Lohnkämpfer. Schriab hoch die sozialdemokratische Presse die Erwerbslosen. Doch für die Erwerbslosen nichts getan werden kann, wenn sie sich nicht genötigt fühlen. Nun, die Erwerbslosen werden den Herrschaften gezeigt, daß sie sich rühren und der Kongress in Sachsen wird der gesamten Arbeiterklasse die Aufgaben zeigen, die vor dem deutschen Proletariat stehen. Die Bewältigung dieser Aufgaben wird jedoch nur möglich sein, wenn die gesamte Macht des Proletariats eingesetzt wird und alle kommenden, beiderseitig jede Aktion verhängenden Elemente aus der Arbeiterbewegung ausgespart werden. Die Erhebung der Arbeiterbewegung von den Vorposten der Bourgeoisie ist die erste Voraussetzung für die Lösung einer einheitlichen Kampffront.

Das Schandurteil von Leipzig

48 Jahre Zuchthaus für 10 Arbeiter

Leipzig, 8. August. (Eigener Drahtbericht.) Im Prozess gegen die bayerischen Kommunisten wurde vom Reichsgericht das Reichsgericht am 8. August mittig das Urteil gefällt. Sämtliche Angeklagten wurden unter Annahme eines besonders schweren Falles nach §§ 2 und 7 des Sprengstoffgesetzes und §§ 5 und 7 des Republikverweigerungs verurteilt, zu 48 Jahren Zuchthaus, 1000 Mark Geldstrafe und 10 Jahren Ehrenrechtsverlust, 10 bis zu 7 Jahren Zuchthaus und 700 Mark Geldstrafe, 10 bis zu 4 Jahren Zuchthaus und 500 Mark Geldstrafe, 10 bis zu 3 Jahren Zuchthaus und 300 Mark Geldstrafe, 10 bis zu 2 Jahren Zuchthaus und 200 Mark Geldstrafe, 10 bis zu 1 Jahren Zuchthaus und 100 Mark Geldstrafe. Gegen Cupra und Kiebis wurde außerdem auf Ausweisung aus dem Reichsgebiet erkannt. Sämtliche Angeklagten wurde ein Teil der Geldstrafen und 3 bis 7 Monate auf die Unterjüngungsstrafe angesetzt.

Der Kampf um Klassenjustiz unter immer brutaler gegen das deutsche Proletariat. Das Urteil gegen die bayerischen Arbeiter, die von den Reichsrichtern aus höchste bedroht, zur Abwehr stellen, ist ein Schlag in das Gesicht der gesamten Arbeiterklasse. Wegen eines angeblich begangenen Hochverrats wurden schwere Zuchthausstrafen gegen Arbeiter verhängt, während die wirklichen Hoch- und Landesverrat, die Führer des Ludendorff-Regimes, noch heute auf freiem Fuß sind, oder aber nur geringe und milde Haftstrafen erhielten.

Die Erwerbslosen und der Sächsische Landtag

Von A. Vieberach

Die Krise der kapitalistischen Gesellschaft in den Jahren 1922 bis 1926, der Zeit der Landtagsession, war zwar eine dauernde, unterlag aber sehr starken Schwankungen. Dies zeigen die wachsenden Ziffern der Erwerbslosen und Kurzarbeiter. Zur Zeit kann man die Verhältnisse als stabil ansehen, d. h. die bürgerliche Gesellschaft hat das Elend der Erwerbslosen bewältigt. Die Ziffern der Erwerbslosen zeigen nur geringe Schwankungen und nur Berührungen untereinander. Für Herbst und Winter rechnen alle einschlägigen Kreise mit weiteren starken Steigerungen der Erwerbslosigkeit.

Was haben die Parteien des Sächsischen Landtages getan, um den Erwerbslosen zu helfen?

Der Jahres Sächsischer Landtag und bayerische Arbeitslosigkeit; aber nicht in einem Maße hat die Regierung von sich aus irgendwelche Vorstöße gemacht, um den Erwerbslosen in ihrem Elend zu helfen.

Daselbst sind gegen sämtliche Parteien, mit Ausnahme der KPD, Arbeiter die SPD, deren Anhängerzahl zu 90 Prozent aus Arbeitern besteht, noch die bürgerlichen Parteien die Initiative, um den Erwerbslosen zu helfen.

Die kommunistische Fraktion zwang die Parteien immer und immer wieder, zum Erwerbslosenproblem Stellung zu nehmen.

Erst in der 6. Sitzung des Landtages wurde eine Erhöhung von 200 Prozent ab 1. Dezember 1922 verlangt und angefordert, der sich dauernd steigenden Inflation als Grundlage des Existenzminimums zu nehmen und die Unterstützung automatisch zu erhöhen.

Dieser Antrag wurde gegen die Stimmen der Kommunisten vom Ausschuss abgelehnt.

Bei den Ausgabeverhandlungen im Januar 1923 forderten die Kommunisten für den Familienvorschuß 6000 Mk. und für jeden Zuschlagsberechtigten 3000 Mk. pro Woche. Diese Sätze sollten in derselben Höhe stehen, wie die Beamtengehälter. (Der Dollar stand an diesem Tage auf 20 000 Mk.) Für die Wintermonate sollten 100 Prozent und die Sommermonate 50 Prozent als Sonderzuschlag gezahlt werden. Die Reichheit SPD bis Deutschnationale, lehnte dies ab und schlug 1200 Mk. pro Woche vor.

Der Antrag blieb liegen und mußte im Mai nochmals behandelt werden; er war durch die Inflation längst überholt. Er wurde am 14. Mai 1923 erledigt. (Der Dollar stand auf 45 000 Mk.) Die kommunistische Fraktion schlug 30 000 Mk. pro Woche und 15 000 Mk. für den Zuschlagsberechtigten vor. SPD bis Deutschnationale lehnten ab und nahmen 2000 Mk. für die Frau 2100 Mk. und Kinder 1300 Mk. an. Der Sächsische Landtag sollte das ganze keine Sache nicht übersteigen, also 10 800 Mk. bezahlen (ungefähr 90 Goldpfennige).

Weiter verlangte die kommunistische Fraktion für alle, die länger als 5 Wochen erwerbslos waren, eine Wirtschaftshilfe in Höhe des starren Betrages der Unterstützung und sofortige Inanspruchnahme von Notstandsarbeiten.

Alle Anträge der kommunistischen Fraktion wurden abgelehnt. Der SPD-Vertreter Sachsens begründete dies damit, man müsse sich mit den Unterjüngungslohn im Rahmen der Höhe halten. Die Lohnpolitik der Unterjüngung wurde damit unterbunden. (Das von Kautsky für April errechnete Existenzminimum betrug für eine 4köpfige Familie 74 772 Mk.)

Am 29. März 1923 verlangte die kommunistische Fraktion, daß sofort ein Dringlichkeitsantrag (Nr. 208) behandelt würde, der die Erhöhung der Sätze auf 40 000 Mk. den Zuschlag für jedes unterhaltspflichtige Mitglied auf 15 000 Mk. verlangte. Den Erwerbslosen sollte sofort eine Wirtschaftshilfe von 10 000 Mk., der Frau 50 000 Mk. und jedem unterhaltspflichtigen Familienmitglied 20 000 Mk. ausgezahlt werden. (Dollarsand: 60 000 Mk.)

Die Bürgerlichen widersprachen. Der Antrag wurde ohne Behandlung dem Ausschuss überwiesen.

Der Ausschuss beschloß gegen die Stimmen der KPD, ohne daß die Regierung etwas für die Erwerbslosen getan hatte, den Antrag der kommunistischen Fraktion für erledigt zu erklären.

In der Landtagsitzung vom 12. Juni 1923 lehnten alle gegen die Stimmen der KPD den Dringlichkeitsantrag ab. (Dollarsand: 84 200 Mk.)

Die SPD-Regierung und Partei Sachsens besteuern gemeinsam mit dem Bürgerturn die Politik Cunos gegen die Arbeiter.

Unter dem Feigenkabinet nahm die Regierung durch Genossen Vöthcher als Finanzminister das einzige Mal Gelegenheit, von sich aus etwas für die Erwerbslosen zu tun. Genosse Vöthcher nahm im Oktober 1923 das gesamte verfügbare Geld des Finanzministeriums, 800 Millionen, und ließ dafür Kartons für die Erwerbslosen verteilen. Aus den Mecklenburger Leihen erhielt ein Teil der Erwerbslosen 40 bis 50 Pfennig Karpen, durch die KPD wurde mit Getreide, das von Sowjetrußland kostenlos geliefert wurde, Brot hergestellt und verteilt.

Vöthcher sollte später in einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss höher gemacht werden und für die Kartons und Karpen etwa 34 000 Dollar bezahlen.

In den 10 Tagen kommunistischer Ministerialität wurde endlich der Versuch gemacht, für die Erwerbslosen Lebensmittel zu schaffen. Die kommunistischen Minister wurden auf Adolf Eberts durch den General Müller zum Tausch gezwungen, unter dessen Leitung das Volkswirtschaftsamt eingerichtet wurde, mit dem den Armen geholfen werden sollte. Beim Volkswirtschaftsamt zeigte es sich, welche Betrüger diese Weltanschauung waren und wie geholfen wurde.

Die Luther-Regierung ging mit Hilfe des Ermächtigungsgesetzes, dem auch die SPD im Reichstag zustimmt hatte, dazu

1926
ung
anten,
arien
nstadt
Herbst
Rau-
Durch-
Kostüm-
ballspiel
berplatz
kalische
phosa
kalische
kalische
F. Ries,
erie
ung
k und
ad das
kunst
Ball
nd Kallea-Zell
nkeller-Biere
mit Bockwurst
Martin vom, Selbst
ant, Pina
arsportler
nd Frau
Neu renoviert!
Copitz
de Ballschau
on gutem Ruf
Siegler und Frau
Rucksäcke
rucksackleinen
Brotbeutel
jedenwert
wald Kluge
Lange 102 1
heater
en
Montag
r. 13
a Leben statt
is
rollen!
wor, Paul Bauer
ier Kille, Horn,
Sopit, Pafel,
hald
en
gt
an
Aktivo
us 1/2 Ua,
4 Uhr